



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

372 (15.8.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204951](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204951)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Belegpreise: Je Mannheimer und Umgebung monatlich...
Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 14.— amon. Nr. 12.—
Stellengef. u. Sam.-Anz. 200. Nachl. Restl. Nr. 30 amon. Nr. 45.
Rahmenseiten: Montagblatt vorm. 7. Uhr. Abendbl. nachm.
7. Uhr. Für Anzeigen an bestimmt. Tagen, Stellen u. Ausgabem.
w. keine Verantwortl. über. Höchste Gewalt. Strafe, Ortsrichte-
rungen usw. berechnen zu sein. Verlagspreis 5. ungel.
oder beschränkte Ausgaben oder für verpöbte Aufnahme
von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gebühr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Der Erfolg des Poincarismus.

Kritische Lage.

(Berlin, 15. August.)

In maßgeblichen politischen Kreisen sieht man die Lage nach dem ergebnislosen Verlauf der Londoner Konferenz äußerst skeptisch an. Wenn da und dort die Hoffnung auf einen bevorstehenden Bruch der Entente zum Ausdruck gekommen ist, so muß diese Hoffnung als trügerisch bezeichnet werden. Auch wenn es zu einem Bruch der Entente kommen würde, würde Deutschland dabei nichts gewinnen. Die Verweisung der ganzen Angelegenheit an die Reparationskommission bedeutet in keiner Beziehung ein günstiges Ergebnis für Deutschland, da die Zusammenfassung dieser Kommission nicht die Gewähr dafür bietet, daß sie zu einem für Deutschland annehmbaren Beschluß kommen wird. Selbst bei voller Befolgung bei den Verhandlungen der Reparationskommission bleibt der französische Präsident der ausschlaggebende Faktor.

Kein Bruch der Entente.

London, 15. Aug. Infolge des Abbruchs der Konferenz wurden die französische u. die italienische Delegation morgen London verlassen. Bevor die Konferenz am Nachmittag zusammentrat, versuchte der italienische Außenminister Schanzer das äußerste, um die Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lloyd George zu unterdrücken. Sein Vorschlag, die Konferenz um 5-6 Wochen zu vertagen, wurde von den britischen Vertretern vollkommen angenommen, aber die französischen Vertreter machten zur Bedingung, daß Deutschland die während dieses Zeitraumes fällig werdenden Reparationsraten bezahlen solle. Schanzer und Lloyd George waren anderer Ansicht, erklärten aber, sie seien bereit, zuzustimmen, daß die Reparationskommission darüber entscheide, ob Deutschland während dieses Zeitraumes bezahlen solle. Die Franzosen waren damit nicht einverstanden, worauf die Verhandlungen ihr Ende fanden.

In einer Schlussrede betonte Schanzer, daß die Reparationsfrage nicht getrennt von den Kriegsschulden der Alliierten in Erwägung gezogen werden könnten. Die Neutermindlung schließt: Obwohl die Verhandlungen zu keinem Einverständnis geführt haben, haben die Beziehungen der Alliierten doch nicht verschlechtert, was aus der Tatsache hervorgeht, daß nach dem Abbruch der Konferenz Poincaré die österreichische Frage mit den übrigen Alliierten besprach.

Der englische und der französische Standpunkt.

(London, 15. August.)

Eine amtliche Mitteilung über den Schluß der Konferenz läßt die Stellung erkennen, in der der Abbruch erfolgte. Lloyd George erklärte in einer Versammlung heute früh, Großbritannien sei geneigt:

1. Den italienischen Vorschlag auf Vertagung der Konferenz bis Ende des Jahres anzunehmen.
 2. Die Frage des Moratoriums der Reparationskommission zur Entscheidung zu überlassen.
 3. Zuzustimmen, daß die bereits vom Garantienkomitee geforderten und von Deutschland angenommenen Garantien sofort angewandt werden.
 4. Von den alliierten Schuldner bis zur nächsten Konferenz Ende des Jahres keine Zinsen zu fordern.
- Die britischen Vorschläge wurden von sämtlichen Alliierten, ausgenommen Frankreich, angenommen. Poincaré erklärte, zu neuen Schwären könne er dies nicht annehmen. Frankreich könne den Standpunkt ein, daß ohne neue Garantien seitens Deutschlands kein Moratorium gewährt werden könne.
- Lloyd George erwiderte, er könne der Vertagung der Konferenz ohne Moratorium nicht zustimmen. Die Konferenz habe neue Garantien in der Annahme ordiniert, daß das Moratorium notwendig ist und es schade nutzlos, sich für eine Vertagung zu entscheiden, während das Moratorium vollkommen ausgeschlossen sei. Lloyd George erklärte, Großbritannien mißbillige die von dem französischen Vertreter vorgeschlagenen neuen Garantien nicht aus irgend welcher Rücksicht für Deutschland, sondern weil es überzeugt sei, daß diese Garantien ihren Zweck nicht erfüllen würden.

Poincarés Starenlied.

Berlin, 15. August. (Von unserm Berliner Büro.) Ministerpräsident Poincaré hat gestern Abend nach Schluß der Konferenz die französischen Pressevertreter empfangen und ihnen längere Erklärungen über den Verlauf der Konferenz gegeben. Er betonte, daß sämtliche Besprechungen sich mit der größten Höflichkeit abspielten, dann holte er zu den alten, törichten Behauptungen gegen Deutschland aus, das sich nicht nur systematisch allen festgesetzten Zahlungen entzogen, sondern auch zahlreiche Beweise dafür gegeben habe, daß es systematisch eine Entwertung der Mark herbeiführt. Poincaré glaubt nicht an einen Bruch, und er werde seinerseits alles tun, um diesen Bruch zu vermeiden, nur werde er nicht die Interessen Frankreichs opfern.

Die Verantwortlichen.

London, 15. Aug. Die „Times“ schreiben: Die Konferenz war ein Fehlschlag. Dieser Fehlschlag wird auf die zurückzuführen, die an ihr teilgenommen haben. Nichts kann die nackte Tatsache verhüllen, daß die für die Wohlfahrt der verbündeten Völker verantwortlichen Politiker volle drei Jahre nach dem Friedensschluß in London zusammengetreten sind und sich des auf sie gesetzten Vertrauens unwürdig erwiesen haben. So bricht denn diese Konferenz zusammen, nachdem sie weniger als nichts geleistet hat. — Das Regierungsblatt „Daily Chronicle“ betont, daß, wenn der französische Faktor nicht in der Konferenz vorhanden gewesen wäre, die Verbündeten sich innerhalb einer Viertelstunde über alle Fragen hätten einigen können. Der einzige Stein des Anstoßes war Poincaré. Das Blatt zweifelt, ob er in seiner Rolle ausgehalten hätte, wenn seine Hände nicht durch seine eigene Vergangenheit und durch die Legenden gebunden gewesen wären, die die Pariser Presse in der öffentlichen Meinung Frankreichs mit Bezug auf Poincaré geprägt hat.

Die Abreise Poincarés.

Berlin, 15. Aug. Der „B. Z.“ wird aus London gemeldet: Es wurde vorläufig festgestellt, daß Poincaré und die französische Delegation heute vormittag 11 Uhr nach Paris abreisen. Poincaré wird vor seiner Abreise noch einen Kranz auf das Grab des unbekanntem englischen Soldaten in Westminster legen. Lloyd George soll sich bei Poincaré und Schanzer entschuldigt haben, daß er seine Gäste nicht an die Bahn bringen könne, da er in den ersten Morgenstunden bereits London zu verlassen gedenke.

Berlin, 15. August. Wie gemeldet wird, werden Vorkehrungen für die heute Abend beginnende Reise der französischen Delegation getroffen.

Berlin ohne amtliche Nachrichten.

(Berlin, 15. August.)

(Von unserm Berliner Büro.)

An amtlichen Berliner Stellen liegt bisher außer der bekannt gegebenen Note der Reparationskommission keine Kundgebung von Entente-Seite vor, obwohl heute nicht nur die durch die Note kurzfristig und ohne neue Terminsetzung verschobene Reparationszahlung mit 50 Millionen Goldmark, sondern auch die Ausgleichszahlungen in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling fällig sind. Der „Rein“ läßt sich zwar aus Berlin melden, die deutsche Regierung verfüge über diese 2 Millionen Pfund Sterling. Dies ist aber keineswegs der Fall, die Reichsregierung ist lediglich in der Lage, die in ihrem Stundungsgehalt in Aussicht gestellte Zahlung von 500 000 Pfund Sterling, also den vierten Teil der fälligen Ausgleichssumme, zu leisten. Von einem Beschluß, wonach für die Ausgleichszahlungen auf Vorschlag der Finanzkommission der Londoner Konferenz die Gewährung einer Frist von 4 Wochen oder gar bis 1. November von der Vollkonferenz gestern bewilligt worden sein soll, ist an amtlichen Stellen bisher nichts bekannt.

Die Lage wird angesichts der Tatsache, daß die Ententebestrebten wiederum auseinandergehen, ohne eine Entscheidung getroffen zu haben und uns eine Atempause zu gewähren, in Berliner Regierungskreisen als recht ernst betrachtet.

500 000 Pfund Sterling überwiesen.

Berlin, 15. Aug. (Von unserm Berliner Büro.) Um 12 Uhr mittags ist die Reichsregierung zu einer Chefsprechung zusammengetreten, um zu der durch den Abbruch der Londoner Konferenz geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Beratungen gelten außer dem Reparationsproblem, das durch die Londoner Vorgänge nun in ein schwebendes Stadium getreten ist, auch den Ausgleichszahlungen. Da die deutsche Regierung von dem Beschluß des Sachverständigenausschusses der heute fälligen Ausgleichsrate von zwei Millionen Pfund Sterling eine vierwöchige Frist zu gewähren, noch keine offizielle Mitteilung erhalten hat, hat sie heute die in der letzten Ausgleichszahlungsnote angebotenen 500 000 Pfund Sterling, trotz der inzwischen eingetretenen bedeutenden Entwertung der Mark den französischen und britischen Ausgleichsämtern überwiesen.

Ritt über die vierzehn Punkte.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Francesco Ritti fährt seit einiger Zeit einen heftigen Kampf gegen das Bahstins-Diktat von Versailles. In einem neuerlichen Artikel stellt er den vierzehn Punkten Wilsons, auf die sich die Alliierten verpflichtet hatten, vierzehn Punkte gegenüber, die von der Entente in Verflüchtigkeit besetzt wurden. Es sind dies: Geheimdiplomatie, Verletzung des Nationalitäten-Prinzips, Raub der deutschen Kolonien und der deutschen Handelsflotte, Forderung von Kriegsschadigungen usw. Ritti sagt wörtlich: Statt der vierzehn Punkte Wilsons hat man Deutschland gegenüber vierzehn Formen der Demütigung, der Auslöschung, des Bruchs feierlicher Verpflichtungen angewandt. Wir wollen noch auf den Frieden, wie wir auf die Rückkehr des Lebens und des Reichturn warten, und dies wird erst mit dem Siege der Grundsätze der Gerechtigkeit eintreten. In Deutschland wird man diese aufrichtigen Worte lebhaft begrüßen. Die reine Freude an Rittis Fremt wird freilich durch die Erinnerung getrübt, daß Ritti selbst während der letzten Periode der Versailler Verhandlungen italienischer Ministerpräsident war, damals aber zu den Methoden der alliierten und offiziellen Friedensmacher schwieg und damit eine Mitverantwortung für das Versailler Diktat übernommen hat.

Das Reich muß uns doch bleiben.

Da sich die bayerische Regierung nunmehr, wie durch die Unterzeichnung des Berliner Protokolls festgelegt worden ist, in vollem Einverständnis mit der Reichsregierung über die Durchführung der Gesetze zum Schutze der Republik in Bayern selbst befindet, darf man wohl annehmen, daß auch die maßgebenden Parteien im Bayerischen Landtag ihre Zustimmung zu dem Abkommen erteilen werden. Man kann es durchaus verständlich finden, daß die bayerische Regierung die Unterzeichnung durch die maßgebenden Parteieninstanzen für angebracht hält, denn es ist immerhin ein entscheidender Schritt, den sie getan hat, und er wird auch in seinen politischen und staatsrechtlichen Folgen von großer Bedeutung sein, wenn die ausdrückliche Zustimmung aller dafür in Frage kommenden Kreise erzielt worden ist. Gerade hierin liegt unausgesprochen eine Gewähr der Achtung vor der Bayerischen Landesverfassung sowohl wie vor den verfassungsmäßig gewährleisteten Rechten eines Landes und es wäre sicherlich kein Unglück, wenn sich die Reichsregierung daran ein Beispiel nähme. Gerade in der Behandlung auswärtiger Fragen wird der Reichstag auch bei sehr wichtigen Entscheidungen von der Reichsregierung nicht der Beachtung gewürdigt, die die deutsche Volkvertretung zu beanspruchen hätte. Freilich trifft den Reichstag dabei ein vollgültiges Maß der Mitsprache, wenn er es sich immer wieder gefallen läßt, achlos beiseite geschoben zu werden. In dieser Hinsicht steht das Verhalten der Reichsregierung in keinem Gegensatz zu den geräuften Verfassungsleugnungen.

Da man also annehmen darf, daß die Zustimmung der bayerischen politischen Instanzen zu dem in Berlin vereinbarten Protokoll gesichert ist, kann der bayerische Zwischenfall als abgeschlossen betrachtet werden. Das ist um so mehr zu begrüßen, als der Gegensatz zwischen Bayern und Reich nahe daran war, eine höchst verhängnisvolle Wirkung auszuüben und den Bestand des Reiches selbst in Frage zu stellen. Es wäre in diesem Augenblick nämlich, eine Untersuchung darüber anzustellen zu wollen, welcher von beiden Seiten dem anderen am meisten entgegengekommen ist. Man darf vielmehr mit hoher Genugtuung feststellen, daß sowohl die Reichsregierung unter Führung des Reichspräsidenten als auch der Reichsanstalters wie die bayerische Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld ihre Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit und mit dem ersten Willen geführt haben, unter allen Umständen zu einer Einigung zu gelangen. Von diesem Geiste der Versöhnlichkeit war namentlich anfangs in den sozialistischen Blättern, mit dem Vorworte an der Spitze, ebenso wenig zu spüren wie in einem Teil der maßgebenden Presse Bayerns. Etwas mehr staatsmännisches Gefühl und politisches Verständnis in beiden Lagern hätte von Anbeginn an dazu beigetragen, die Gegensätze nicht so scharf hervortreten zu lassen, als es tatsächlich der Fall war. Namentlich der Vorwärts beweist auch in seinen jüngsten Auslassungen von neuem, wie wenig er den Erfordernissen des Augenblicks Rechnung zu tragen versteht. Angesichts der Wendung, die die Entwicklung der Dinge in London zu nehmen in Begriff steht oder bereits genommen hat, können wir uns wahrhaftig einen inneren Kampf, der das Bestehen der Reichseinheit aufs äußerste bedroht, nicht leisten.

Die Hoheitsrechte des deutschen Reiches als selbständiger Staat sind bereits so stark eingeschränkt und werden selber in nächster Zukunft noch weiter eingeschränkt werden, daß uns eigentlich nur der äußere Schein noch bleibt. Wenn das Allerschlimmste verhütet werden soll und kann, dann ist die erste Vorbedingung die innere Geschlossenheit des Reiches und des gesamten Volkes. Aus diesem Grunde lag eine sehr ernste Gefahr in der Auffälligkeit Bayerns gegen Gesetze, die nun einmal auf verfassungsmäßigem Wege von Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung beschlossen worden waren. Es hätte in der ganzen Welt einen niederschmetternden Eindruck machen und unsere Aussichten auf einen Wiederaufstieg für Jahrzehnte hinaus vernichten, jeden Gllauben an die Zukunft des deutschen Volkes zerstören müssen, wenn es zu einem offenen Bruch zwischen Bayern und Reich mit all seinen nicht auszumalenden Folgen gekommen wäre. Daß dieser Bruch noch glücklich an uns vorübergegangen ist, wollen wir dankbar begrüßen.

Wir wollen darin ein Zeichen sehen, daß auch in Bayern der Gedanke an die Einigkeit des deutschen Volkes, an das feste Gefüge des deutschen Reiches unzerstörbar feste Wurzeln geschlagen hat und daß nichts mehr imstande ist, das Reich zu zerrüttern, so sehr sich auch die Feinde jenseits des Rheins abmühen mögen. Man mag Splitter und Stäbe von Deutschland losreißen, das Gemeinheitsgefühl des deutschen Volkes — das hat gerade der Ausgang des bayerischen Zwischenfalles mit aller Deutlichkeit gezeigt — ist stärker, fester und lebendiger denn je. Darin soll unser Trost und unsere Hoffnung bei allen Schwestern liegen, das uns die nächste Zukunft noch bescheren wird. Das Reich muß uns doch bleiben!

Der Fall von Gager und die deutsche Militärgerichtsbarkeit.

Ein belgisches Gericht hat zwei ehemalige deutsche Offiziere wegen Mordes zum Tode verurteilt. Aus den Akten, die die Reichsregierung über diesen Fall veröffentlicht, ergibt sich, daß beide Angeklagten bereits von einem deutschen Kriegsgericht in der gleichen Sache abgeurteilt waren. Der eine der beiden Offiziere, Prinz zu Stolberg, konnte nach Lage der Dinge lediglich wegen Beihilfe zum Zweikampf bestraft werden; er ist inzwischen verstorben. Der andere, Freiherr von Gager, wurde wegen Totschlags zu der höchstzulässigen Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Das Gericht stellte ausdrücklich fest, daß die Tat hart an der Grenze des Mordes liege. Wir glauben nicht, daß ein Kriegsgericht der Entente während des Krieges in einem ähnlich gelagerten Falle ein gleiches Maß von Objektivität aufgebracht hätte. Das Verhalten der Militärgerichte der Besatzungstruppen gegenüber deren zahlreichem Vergehen an der deutschen Zivilbevölkerung läßt solche Zweifel sehr berechtigt erscheinen.

Freiherr von Gager wurde nun aber lange vor Verbüßung seiner Tat wieder auf freien Fuß gesetzt und konnte sich unbehelligt ins Ausland begeben. Diese Tatsache ist gewiß sehr bedauerlich und keineswegs zu rechtfertigen. Aber auch hier...

trifft die Militärgerichtsbarkeit keine Schuld, sondern einzig und allein die Volksbeauftragten, die im November 1918 eine militärische Amnestie erließen, durch die allen Verbrechen der Strafrecht erlassen werden konnte, wenn anzunehmen war, daß sie in Zukunft nicht rückfällig würden. Nach dem Wortlaut des Amnestie-Erlasses ist auch Freiherr von Gagern, dessen Tat einer leidenschaftlichen Liebe zu der Gattin des getöteten belgischen Grafen entsprang, unter die zu Begnadigenden, und man wird dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts keinen Vorwurf daraus machen können, daß er die Verordnung der Volksbeauftragten, nachdem sie einmal erlassen war, auch anwandte. Mögen die Sozialisten aller Schattierungen aus dem Falle Gagern lernen, wie gefährlich der Erlass allgemeiner Amnestien ist.

Der „Vorwärts“ steht natürlich nicht ein, daß er bei der Behandlung des Falles Gagern die Schuldigen in seinen eignen Reihen suchen muß. In der bei ihm ja gewohnten Weise versucht er vielmehr, die deutsche Rechtsprechung herabzusetzen und entwirrt sich nicht, den folgenden Satz zu schreiben: „Es gibt keine deutsche Schande, an der nicht die deutsche Justiz in heroischem Maße beteiligt wäre.“ Nein, hier hat sich nicht die deutsche Justiz beteiligt, sondern die deutsche Revolution, die nicht nur Herrn von Gagern, sondern auch zahlreichen anderen schmerzlichen Verbrechen die Türe des Justizhauses öffnete. Der Wunsch des „Vorwärts“, von Gagern möge an Belgien ausgeliefert werden, ist juristisch unhaltbar und wäre vom nationalen Standpunkt aus als Eingriff in die deutsche Justizhoheit zu verwerfen.

Die deutsch-ungarische Ehrhardt-Bank.

□ Berlin, 15. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Im Zusammenhang mit der Ausbeutung des Planes einer deutsch-ungarischen Bank unter Führung des Korrespondenzbankiers Ehrhardt erfahren wir: Die Berliner politische Polizei hat in einem kleinen Bankgeschäft von Müller u. Co. in der Potsdamerstraße eine eingehende Hausdurchsuchung vorgenommen. Seine Besitzer stehen in direkter Verbindung mit den deutsch-ungarischen Ehrhardt-Bankleuten. Aus den hier vorgefundenen Papieren geht hervor, daß jeder Zeilnehmer keine Scheine in drei verschiedenen Exemplaren ausstellen mußte. Ein Schein mußte stets persönlich dem Korrespondenzbankier Ehrhardt in Wien überhandt werden; Ehrhardt nahm von jeder Geldlieferung Rollen und bestellte durch seinen Wiener Sekretär den Empfang der Beträge.

Aus dem besetzten Gebiet.

Amtsenthebung des Regierungspräsidenten von Nassau.

(p) Wiesbaden, 15. Aug. Seitens der Rheinlandskommission schwebt bekanntlich gegen den Regierungspräsidenten von Nassau, Dr. Romm, ein Verfahren, weil er es angeht, veräußert habe, die Hilfe der französischen Truppen anzuregen, als es angeblich bei Demonstrationen in Wiesbaden zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei kam. Trotzdem sich alle Parteien für den Regierungspräsidenten eingesetzt hatten, ist nunmehr seitens der Rheinlandskommission der Entschluß getroffen worden, wonach Dr. Romm mit Wirkung vom 15. August ab seines Amtes enthoben wird.

□ Berlin, 15. Aug. Hier ist die Bestätigung der Meldung über die Zusammenfassung des Regierungspräsidenten Dr. Romm in aus Wiesbaden durch die Rheinlandskommission eingegangen. In der Begründung der Rheinlandskommission heißt es, der Regierungspräsident hätte sich als unfähiger Beamter, der für seinen Posten nicht geeignet sei, erwiesen. Dem ist entgegengehalten, daß der Gemahrgelgte in allen Kreisen der Bevölkerung und von allen politischen Parteien als einer der fähigsten und energiegeltesten Verwaltungsbeamten betrachtet wird.

□ Berlin, 15. Aug. Die Rheinlandskommission hat den Regierungspräsidenten Dr. Romm in Wiesbaden seines Amtes enthoben. Das fraglichste Schreiben vom 14. Aug. lautet wie folgt: In der Erwägung, daß es Pflicht der Rheinlandskommission ist, den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungstruppen zu gewährleisten, und daß der Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse dieser Truppe zu einem großen Teil von der Personlichkeit der in besetzten Gebiet angestellten deutschen Beamten abhängt, und daß das Verbleiben des Präsidenten Dr. Romm in

seinem Amte die guten Beziehungen, die zwischen den Besatzungsbehörden und den deutschen öffentlichen Behörden bestehen sollen, ungünstig beeinflussen und daher geeignet ist, den Unterhalt, die Bedürfnisse und die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden, hat die Rheinlandskommission auf Grund der Artikel 3 und 5 des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919 sowie des Artikels 5 der Verordnung 1 in der Fassung des Artikels 3 der Verordnung 98 beschlossen, daß Dr. Romm seines Amtes enthoben wird. Dies tritt am 15. August 1922 in Kraft.

Düringer und die Deutschnationalen.

Der Mächtigen Staub hat vor einigen Wochen das Ausschreiben des Staatsministers Dr. Düringer aus der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei aufgewirbelt. Es sind dabei ganz markant die verschiedenen Anschauungen, die auch innerhalb dieser Partei herrschen, hervorgetreten. Gerade bei einer so extremistischen Partei, wie sie die Deutschnationale darstellt, ist es nicht weiter verwunderlich, daß es hier und da zu Reibereien kommt. Bisher konnte jedoch immer noch ausgeglichen werden. Dann kam der Fall Düringer, vor ihm Wulle und Gensel, der einen scharfen Riß durch den rechten Flügel des Parlaments zog. Es bleibt nun nur noch übrig, festzustellen, welche Ringe dieser Zwischenfall schlagen wird. Im ersten Anlauf ist dabei wohl die Auffassung und Anschauung Düringers selbst im Bezug auf die ganze Angelegenheit maßgebend.

Staatsminister Dr. Düringer, der bis zur Verschmelzung mit den Demokraten der nationalliberalen Partei angehörte, sah sich in jenen Verschmelzungstagen infolge seiner politisch nationalen Gesinnung gezwungen, zu den Deutschnationalen überzugehen, da er sich auf dem Boden der Demokraten nicht recht gefunden hätte. Düringers politischer Grundcharakterzug war liberal. Und nun trat er auf einmal in eine stark extreme Partei, wie sie die Deutschnationale Volkspartei darstellt, ein. Mit seinem besten Können und unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit hat er der Sache der Deutschnationalen gedient. Dabei muß Dr. Düringer aber dann in Bewusstseinskonflikte geraten sein. Ihm lag der Antifaschismus nicht, besonders in der scharfen Form, wie ihn die Deutschnationalen betreiben. Er konnte wohl dem deutsch-pöblischen Gedankens seine guten Seiten abgewinnen, aber er konnte sich in der angewandten Form als Liberaler niemals wohl fühlen. Vielleicht mag dann auch noch ein für Parteiführer sehr maßgebender Grund vorgelegen haben.

Düringer hätte nämlich als einziger Angehöriger der deutschnationalen Reichstagsfraktion eine Versöhnungspolitik den anderen Parteien gegenüber betreiben können. Wenn der Ausdruck „Versöhnungspolitik“ vielleicht von manchen auch als ein bisschen weitgehend bezeichnet werden mag, so muß man sich doch immer wieder klar darüber sein, daß Düringer zu Kompromissen, wenn sich nur einigermaßen gangbare Wege zeigten, immer bereit war. Er war nicht die kontre gewordene Opposition, sondern verlor es immer wieder, den Schaden, den die allzu einseitige Politik der Deutschnationalen Partei brachte, auszugleichen oder abzumildern. Für deutschnationales Empfinden mag er dabei wohl etwas zu weit gegangen sein. Die Angriffe gegen ihn und die interfraktionelle Gegnerschaft in manchen Punkten läßt sich nicht absegnen. Der Grundwiderspruch Düringers, der Liberalismus, ließ sich eben nicht verkennen. Die Meinungsverschiedenheiten müssen dann interfraktionell immer scharfer geworden sein, jedoch Dr. Düringer schließlich sein Mandat niederlegte und aus der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei austrat. Er hat aber dabei ausdrücklich betont, daß er der Deutschnationalen Volkspartei als Mitglied weiter angehören wolle.

Inzwischen ist nun ein Ausschuß zusammengetreten von Seiten der Deutschnationalen, der sich eingehend mit der ganzen Angelegenheit befaßt. Leider beginnt nun Dr. Düringer den Fehler, daß er sich in dem Drange, seinen Schritt zurückzugeben und zu entschuldigen auch vor der Öffentlichkeit hinziehen ließ, und publizistisch seine Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber ausdrückte, wobei er sich einer gewissen Kritik nicht enthalten konnte. Auf diesem Punkte wird man ihn nun voraussichtlich festnageln. Es hat sich bisher schon eine kleine Pressespekulation angeponnen, die bekanntlich ebenfalls sich gern zum Mammut auswehlt.

Vom Objektionsstandpunkt aus muß man wohl zugeben, daß Düringer augenblicklich noch nicht recht daran getan hat, gegen seine ehemaligen Fraktionskollegen schwere Vorwürfe zu erheben. Er hätte zum mindesten das Ergebnis der schwachen Verhandlungen abwarten müssen. Er hat aber auch für sich persönlich einen großen Fehler damit begangen. Denn es kann ihn teuer zu stehen kommen, daß er jetzt schon seiner Kritik freien Lauf läßt. Es kann schließlich soweit kommen, daß Dr. Düringer von seiner Partei den Stuhl vor die Türe gesetzt bekommt. Eine wohlwollendere Beurteilung seiner Gründe und Anschauungen hat er sich sicherlich nicht durch sein Verhalten erwirkt. Dem mag nun sein wie es will. Eins hat

die ganze Angelegenheit und ihre Aufrollung bewiesen, daß sich die meisten Liberalen denken, die bei der Verschmelzung mit den Demokraten nicht mit überleben wollten und so in die Fraktion der Deutschnationalen übergehen mußten, da ja damals noch keine eigentliche bürgerliche Mittelpartei bestand, niemals auf diesem extremen Boden zurechtfinden werden. So allerdings Düringer trotz allem und allen noch bei den Deutschnationalen bleiben wird, das muß die Zukunft zeigen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird keines Bleibens bei den Deutschnationalen aber nicht mehr lange sein.

Deutsches Reich.

Die Teuerungsoktion der Beamten und Staatsarbeit.

□ Berlin, 14. Aug. Wie bereits gemeldet, hat sich am vergangenen Samstag eine aus Vertretern der Spitzenorganisationen zusammengesetzte Deputation zum Reichsfinanzminister begeben, um bei ihm wegen einer baldigen Einleitung einer neuen Teuerungsoktion für die Beamten und Staatsarbeiter vorstellig zu werden. In Abwesenheit des erkrankten Ministers Dr. Herms wurde die Deputation von Ministerialrat Dr. Adenmann und Reichsfinanzdirektor von Schlieffen empfangen, die die Wünsche der Organisationsführer entgegennahmen und den Mitgliedern der Kommission erklärten, daß die Einleitung von alsbaldigen Teuerungsoktionen auch dem Willen des Reichsfinanzministers entspricht und daß die genannten Herren eben zu diesem Zwecke ihren Urlaub abgebrochen hätten. Seitens der Vertreter des Finanzministers wurde ferner die Meinung vertreten, sowohl den Regierungen der Länder wie auch den Spitzenorganisationen mit Rücksicht auf die sich häufenden Teuerungsoktionen vorzuschlagen, den ganzen Apparat, der bisher bei allen bezüglichen Verhandlungen in Bewegung gesetzt wurde, zu vereinfachen und mit Rücksicht auf die Kostenersparnis abzubauen. Nach Einigung der entsprechenden Vollmachten von Minister Dr. Herms sollen die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen wieder beginnen. Am Mittwoch sollen die Verhandlungen unter sich zu einer Vorbereitung zusammenziehen.

Die Getreideumlage für Hessen.

□ Frankfurt a. M., 14. Aug. Zur Getreideumlage ist der erweiterte Landesvorstand des Hessischen Bauernbundes in Frankfurt a. M. einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt: Die auf Hessen entfallende Umlage ist bei gerosteter Verteilung auf die drei hessischen Provinzen in Anbetracht der bevorstehenden Ernteeinbußen zu hoch und muß deshalb herabgesetzt werden, daß eine Erfüllung überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt. Außerdem entspricht der Preis für das Umlagegetreide, der durch das Reichsgesetz vom 4. Juli 1922 festgesetzt worden ist, in keiner Weise dem heutigen Geldstand und den Produktionskosten. Eine wesentliche Erhöhung des Umlagepreises ist deshalb eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der erweiterte Landesvorstand des Hess. Bauernbundes sieht sich deshalb nicht in der Lage, seine Mitglieder aufzufordern, Umlagegetreide früher abzuliefern, als bis die Frage der von Hessen abzufordernden Umlage und des Umlagepreises einigermaßen den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend geregelt ist.

Der Landesvorstand wird zu der Getreideumlage erst dann eine endgültige Beschlußfassung herbeiführen, wenn seine Verhandlungen mit den Regierungsstellen abgeschlossen sind. Der Hessische Bauernbund hofft, daß dies rechtzeitig vor dem 31. Oktober, dem Zeitpunkt, zu dem die erste Rate abgeliefert sein soll, der Fall ist.

□ Berlin, 15. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die sozialistische Presse wendet sich in scharfen Ausfährungen gegen den deutschen Landwirtschaftsminister, der von dem Reichsernährungsminister umgebende Veränderung der für das Umlagegesetz festgesetzten Nebenabgabe des Umlagepreises fordert.

Streik beim Wolffbüro.

(p) Frankfurt a. M., 15. Aug. Die hiesige Agentur des Wolffbüros ist heute mittag 12 Uhr in den Streik getreten. Wie es heißt, hat sich eine Reihe anderer großer Agenturen, wie F. u. W. Hannover, München, Dortmund, Mainz, Erfurt und Nürnberg dem Streik angeschlossen.

Baden.

Herabsetzung der Getreideumlage.

Wie uns der Badische Landbund schreibt, wird im Rheinland laut Meldung der „Rheinischen Volksstimme“ die Getreideumlage mit Rücksicht auf die schlechte Ernte etwa auf die Hälfte der zuerst festgesetzten Menge herabgesetzt. „Und Baden? Bis heute ist noch nicht bekannt geworden.“ So schreibt der Landbund weiter, „was aus der einstimmigen Forderung des Badischen Landtags zu dieser Angelegenheit geworden ist.“

Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Belten.

(Nachdruck verboten.)
Copyright 1921 by Verlag von Rich. Bong, Berlin.
(Fortsetzung.)

„Wir haben heute wieder einmal fürs Wartezimmer eingekauft“, senkt Annelies ab. „In der nächsten Woche wird das Schild angemacht. Dann sollst du sehen, Vater, wie sie uns das Haus einlaufen werden.“

„Wird nicht so schlimm sein“, drummt der Alte. „Eure Wohnung liegt ungünstig. Das Jungchen hätte am Markt sich niederlassen müssen. Nebenbei noch uns ist eine schöne Wohnung frei. Bis zu euch hinaus kommt kein Mensch. Ihr werdet es sehen. Dein Freund Altesam ist klüger als du. Der wohnt schon am Markt.“

Dr. Altesam hat das Glück gehabt, als Stabsarzt dem Regiment seiner Heimatstadt zugewiesen zu werden. Er hat viel freie Zeit und verwendet sie in seiner Privatpraxis.

Annelies sieht Dr. von Bälou an. Ihr Gesicht der Vater heute gar nicht. Er ist viel zu lebhaft; er möchte jetzt schlafen.

Dr. von Bälou versteht den Wink.

Komm, Johannes, wir wollen ein wenig in den Garten gehen.

„Ich möchte.“

Er sucht vergebens nach einer glaubwürdigen Ausrede und beugt sich, da ihm nichts einfällt, vor, ihm halblaut zustimmend.

„Deine Mutter möchte mit dem Großvater allein sein.“

Johannes steht auf. „Wir kommen gleich wieder, Großvater. Wir Wiedersehen!“

Sie gehen langsam im Garten auf und ab unter den Fenstern des Krankenzimmers, die immer offen stehen müssen; denn der Kranke muß stets frische Luft haben. Sein Luft hunger ist unerträglich.

Sie sprechen halblaut, damit man im Zimmer ihre Worte nicht hören kann.

„Wird es noch lange dauern, Johannes? Was glaubst du?“

„Was kann es schwer sagen. Es kann Monate, es kann auch Jahre dauern.“

„Aber der Großvater ist doch ein sehr alter Mann, und dann diese schweren Anfälle! Sogar kann er Ihnen nicht mehr widerstehen.“

Johannes rechnet. „Großvater muß jetzt dreihundertzig oder vierhundertzig Jahre alt sein.“

Ein paar Minuten gehen sie schweigend nebeneinander. Da dringt aus dem Krankenzimmer helles, dumpfes Schönen. Dann folgen laute, gelächte Schreie.

„Ein neuer Anfall“, sagt Dr. von Bälou. „Es ist fürchterlich.“

„Marten soll kommen, Marten!“ Annelies ruft laut zum Fenster hinaus.

Johannes eilt ins Haus, hinunter in die Küche, wo der Krankenwärter vor einem Glas Bier sitzt und ein blaß belegtes Butterbrot zerfahret.

Als sie ins Zimmer treten, finden sie den Kranken und Annelies neben dem Bettstuhl auf dem Teppich. Annelies liegt lang ausgestreckt da. Der Großvater hat sich ein wenig aufgerichtet und stützt sich auf die Hände. Sein Gesicht ist verzerrt, in den Augen sieht man nur das Weiße. Der Anfall ist noch nicht vorüber.

Der Krankenwärter hebt ihn auf; wie ein Kind nimmt er ihn auf den Arm und legt ihn in seinen Stuhl. Johannes kniet neben dem Mutter. Er hat ihr das Knie aufgerissen und legt das Ohr unter ihre linke Brust. Sie läßt es widerstandslos geschehen. Nur ihre Augen schauen ihn groß an. „Es liegt dünn leblos da. Nur ihre Augen leben.“

Endlich läßt der Anfall nach. Siegmund Rau kann die verkrampften Riefen wieder voneinanderlösen u. kann wieder sprechen.

„Woh nicht, was Annelies hat. Ich fühle, wie ein Anfall kam, und da wollte sie mich stützen. Dabei fiel das Kissen herunter, und ich konnte mich nicht wieder aufrichten. Sie wollte mich aufheben. Ich habe es ihr verboten und mich gehöhrt. Ich bin ja viel zu schwer für sie. Da rief sie den Marten. Aber dann hob sie mich doch auf. Und da sind wir beide hingefallen. Und sie ist nicht wieder aufgestanden. Was ist denn mit Annelies? Weshalb redet sie gar nicht? Annelies? Annelies? Hast du dich verletzt? Hast du dir wehgetan? Annelies?“

Johannes gibt dem Wärter ein Zeichen und saßt selbst die Mutter unter die Arme.

„Wir wollen Mutter auf die Veranda legen. Sie ist vom Fall bemüht. Sie wird bald wieder zu sich kommen.“

Vorsichtig trägt er sie mit dem Wärter hinaus. Sie bewegt ein wenig den Kopf, so daß sie ihn ansehen kann. Noch immer hängen ihre Augen fest in den seinen.

„Sie wird sich doch nichts getan haben?“, jammert der Alte.

„Warum hat sie mich nur heben wollen.“

Dr. von Bälou ist neben ihm und saßt seine Hände. Er kann nicht sprechen. Er hat Annelies kaum angesehen. Sein Lächeln zwang ihn, wegzublicken, als Johannes ihre Brust entblößte. Aber ihn hat er angesehen. Im Gesicht von Johannes Hellenstiel ist nicht ein Blutstropfen gewesen.

Draußen fährt der Kausche Wagen vor. Schwere Schritte machen die Stufen der Veranda herab. Johannes bringt mit dem Wärter seine Mutter nach Haus. Als sie sie aus dem Wagen heben, hat sie die Augen geschlossen, und ihre Arme hängen kraftlos herab. Sie tragen eine tote.

„Sie hat bei dem Versuch, den Großvater zu heben, sich eine schwere, innere Verletzung zugezogen. Wahrscheinlich ist die Leber gerissen. Sie ist nach innen verblutet.“ Johannes hat den Leib abgetastet; er ist stark aufgetrieben.

Der Krankenwärter will ihn helfen, die tote zu betten. Doch Johannes lehnt ab. „Rehren Sie bitte sofort zurück und sagen Sie es Herrn von Bälou. Er wird alles Weitere veranlassen. In meinem Großvater gehen Sie erst hinein, nachdem Herr Dr. von Bälou mit ihm gesprochen hat.“

Der Wärter geht. Johannes setzt sich an das Bett neben die tote und nimmt ihre Hand. So ist es gut gewesen; so ist es am besten gewesen. Bis zur letzten Minute hat sie von nichts gewußt. Die beste Vorbereitung auf den Tod bleibt, unvorbereitet zu sterben.

Konsul Rau sitzt müde und verfallen in seinem Kantor, ihm gegenüber am Schreibtisch Justizrat Weggala, den er brauchen auf dem Friedhof getroffen hat. Denn heute ist Annelieses Beerdigung beerdigt worden. Fast die ganze Stadt hat ihr das Geleit gegeben.

Der Justizrat schaut verstockt auf seine Uhr. Seine Sprüche hat bereits begonnen. In seinem Wartezimmer sitzen die Klienten. Doch der Konsul hat ihn in seinem Wagen vom Friedhof mitgenommen, um mit ihm zu beraten, und er gibt ihn noch nicht frei. Er hat es sich in den Kopf gesetzt, daß er endlich den Schatz finden muß, der all seine Geschäftsgelüste verrät und am Verfall seines Hauses Schuld trägt. Noch immer werden die Transaktionen, die das Bankhaus einleitet, von unbekannter Hand durchkreuzt. Jede Offerte, die einem Großbetriebe eingereicht wird, wird unterboten. Jedes Geschäft, das so gut wie getätigt ist, wird im letzten Augenblick zunichte. Jemandem geheimnisvolle Hand ist im Spiele. Aber es ist unmöglich, sie zu fassen.

Der Konsul zittert vor Wut, wenn er daran denkt. Er hätte dieser Hand jeden Finger einzeln zerbrechen.

Aus roten, müden Augen, die von schlaflosen Nächten tränen, schaut er auf seinen Anwalt. Der Justizrat ist der einzige Mensch, mit dem er sich ausspricht, der Mann - seiner Marianne, muß die Hand finden, die die Wurzeln seinem Hause abschneidet, eine nach der anderen.

Es gab eine Zeit, in der ihm der Gedanke peinlich war, daß die Frau des einzigen Menschen, auf dessen Freundschaft er stützte, keine Geliebte ist. Heute denkt er nicht mehr daran. Seine Beziehungen zu Marianne sind so geheim geblieben, daß sie heute niemand etwas argwöhnt. Die einzige, die etwas ahnte, hat heute begraben.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Fragen.

Ueber die diesjährigen Herbstausichten im Weinbau. Die deutsche Weinzeitung in einem umfassenden Bericht: Der Reichtum ist nach wie vor vorzüglich und das Wachstum der Trauben hat derart Fortschritte gemacht, daß diese heute gegen gute Jahre nicht mehr im Rückstand sind.

Befürchtung, daß die Entwertung der Mark sich fortsetze, erhebliche Zuckermengen bereits eingetauscht. Es sieht leider zu befürchten, daß die Preise für Auslandszucker die obengenannten Zahlen im kommenden Monat noch überlegen werden.

Die gefühligen Feiertage werden vom Reich geregelt. Die vielfachen Unzulänglichkeiten, die daraus entstehen, daß die einzelnen Länder gewisse Feiertage, wie z. B. der Bußtag usw., nach ihrem Gutdünken festlegen, haben die Reichsregierung veranlaßt, einen Gesetzentwurf vorzubereiten.

Stimmen aus dem Publikum.

Zur Rentenplage.

Unter Bezug auf die Anregung in Nr. 364 Ihrer Zeitung erlaube ich mir zu bemerken: Wenn der Schreiber obigen Artikels „Die Rentenplage“ auf die in den Häusern befindlichen Müllkästen zurückführt, so mag er darin sehr recht haben.

Kommunale Chronik.

Coburg, 12. Aug. Aus der jüngsten Gemeinderatsitzung ist mitzuteilen: Das für den Redaktionsgebäude Gelände des städt. Bürgerhospitalsfonds auf dem Gelände Schwabenheim wird zum Preise von 6 Mk. pro Qm. an den Reichsstatistik (Redaktionsdirektion) käuflich abgetreten.

Konstanz, 12. Aug. Nachdem die gefühligen Bestimmungen die Einführung der Wohnungssteuer ermöglicht, soll ein Ausschuss eingeleitet werden zur Prüfung der Frage, ob und in welcher Art diese Steuer hier eingeführt werden soll.

Ueberlingen, 12. Aug. In der letzten Bürgerauschussung wurde die angeforderte Kreditserhöhung für das neue Ueberlinger Speicherkraftwerk von 15 auf 30 Millionen und der dazu notwendige außerordentliche Holzschlag mit 43 gegen 16 Stimmen bewilligt.

Neustadt a. S., 13. Aug. Im hiesigen Stadtrat sind jetzt auch die beiden Mitglieder, welche auf der Liste des Gewerbetreibenden gewählt worden sind, ausgetreten. Zwei Mitglieder der Zentrumsfraktion sind schon vor einigen Tagen ausgetreten.

Griesheim, 14. Aug. Die Elektrifizierung der Strecke Darmstadt-Griesheim war Gegenstand der letzten Beratung des Gemeinderats. Der von der Stadt angeforderte Zuschuß von 4 Millionen Mark würde mit 9:7 Stimmen abgelehnt, da der Gemeinde keine Sicherheit gewährleistet sei.

Neues aus aller Welt.

Unwetter.

Frankenthal, 15. Aug. Aus Dirmstein wird gemeldet: Heute nacht zwischen 1 und 2 Uhr ging ein furchtbares Unwetter über die Gegend nieder. Die gesamten Bahnanlagen sind entweder verschlammt oder überschwemmt und mit Geröll bedeckt.

Saarbrücken, 15. Aug. (Eig. Drahtber.) Heute morgen 4 Uhr ließ bei der hiesigen Feuerwehr eine Reibung aus Neunkirchen über den Ausbruch eines Großfeuers in der Straße ein. Die Saarbrücker Rotorpomppe mit Mannschaft rückte sofort zur Hilfeleistung ab.

Reformforderungen für das Kino. Auf der in München stattgefundenen Tagung des Reichsverbandes Deutscher Schauspieltheater wurde eine Entschließung angenommen, in der die Herabsetzung des Schulkinders für Jugendliche von 18 auf 16 Jahre gefordert wird.

Chrenpreis des Reichspräsidenten für den Telegraphisten-Beitrag. Nach einer Blättermeldung hat der Reichspräsident aus Anlaß des vom 17. bis 21. August in Berlin stattfindenden Internationalen Telegraphisten-Beitrages einen Silberpokal als Meisterstückpreis gestiftet.

Zwei Millionen Besucher in der Deutschen Gewerbebau-München. Die Deutsche Gewerbebau-München hat am Sonntag eine Besucherzahl von 2 Millionen überschritten.

Ein Perlenkoller im Zuge vergessen. Durch ihre eigene Vergeßlichkeit hat wieder einmal eine Dame einen schweren Verlust erlitten. Sie ließ in einem Zuge zwischen Jfenburg und Berningerode die Handtasche, die u. a. ein Perlenhandschuh im Werte von mehr als einer Million Mark enthielt, liegen.

Leichenraub. In Sindau beging ein Unbekannter Leichenraub, indem er einem im Leichenhaus aufgehängten Manne die Hofe auszog, den Rosenkranz und das Sterbefreuzchen stahl und seine alte Hofe am Sorge zurückließ.

Rebelausbeimpfung. Der Badische Weinbauverband bezieht sich in seiner Zuschriftung an den Reichsausschuss für Weinbau der Badischen Landwirtschaftskammer mit der Frage der Herabsetzung der Zölle zu den Kosten der Rebelausbeimpfung.

Die Badische Weinbauverbände bezieht sich in seiner Zuschriftung an den Reichsausschuss für Weinbau der Badischen Landwirtschaftskammer mit der Frage der Herabsetzung der Zölle zu den Kosten der Rebelausbeimpfung.

Städtische Nachrichten.

Neue Zuckerteuerung in Sicht.

Das Pfund Zucker 60 Mk. Die Zuckerteuerung, die sich in den letzten Monaten in einer ungeahnten Weise ausgewirkt hat, macht auch jetzt noch nicht Halt, vielmehr ist mit der Tendenz zu rechnen, daß im kommenden Monat September die Preise für In- und Auslandszucker sehr erheblich in die Höhe gehen werden.

Oberbayerische Bauernspiele.

Angengrubenabend: Die Kreuzschreiber.

Diese überlieferte Komödie, die zu den besten Komödien in deutscher Sprache gehört, erwacht auf dem Boden eines religiösen und politischen Konfliktes. Es handelt sich um die Aufrichtung des Donners als altsakralen Beweises. Aber alsbald löst sich das Geschehen in die zeitliche Befangenheit und der Vergangenheit im Aktuellen.

nommen, war gut besucht. Das ist sehr erfreulich, denn das Sandbühlerische Theater vermittelt anständige und gute Unterhaltung und zuweilen auch mehr.

Kleines Feuilleton.

© Etwas vom Erdröten. In die bunte Reihe der krankhaften Angestanden führt Prof. W. v. Bechterew die Angst vor dem Erdröten ein. Dieser Zustand, der einem jugendlichen Geschlechte zur Herbeigehört, kann ein lässiges Uebel werden, wenn er bei einem Erwachsenen ohne jede Veranlassung eintritt.

Hühneraugen und harte Haut beseitigt. Kukirol. Gegen Fußschweiß, Wundlaufen. Zahlreiche Ärzte empfehlen Kukirol in vielen Millionen Fällen bewährte Präparate.

Angst gehört und sich hier ganz besonders und eigenartig äußert. Innere Heilmittel sind bei solchem Leiden natürlich nutzlos. Prof. v. Bechterew hat es mit der Hypnose versucht, aber damit keinen dauernden Erfolg erzielt.

Die Kunst der Menschenbildung beweist Angengruben in vielfältigsten Charaktermalerei, die ihm gelungen ist, im Steinwandel heraus, der aus der Heberlegenheit seiner geistlichen Welt.

Aus dem Lande.

11. Heidelberg, 14. Aug. Der akademischen Speise...

12. Weinheim, 14. Aug. Gemäß einem alten Volksbrauche...

13. Eberbach, 14. Aug. Die beiden Mörder des Studenten...

14. Bretten, 14. Aug. Drei Teilnehmer am Jubiläum der...

15. Tauberbischofsheim, 14. Aug. Auf dem Felde bei Groh...

16. Krotzingen, 14. Aug. Hier starb am letzten Freitag Baron...

17. Feilburg, 12. Aug. Wenn die Sommerwitterung mit den...

18. Singen, 14. Aug. Verschwunden ist seit einigen...

19. Säckingen, 12. Aug. Im Krankenhaus zu Säckingen ist der...

20. Rosikon, 14. Aug. Nach Unterzeichnung von 1850 000...

März dieses Jahres. Damals entdeckte man keine Unregelmäßigkeiten...

Aus der Pfalz.

Neustadt a. d. 12. August. Wie arm wir geworden sind...

13. Heilbrunn, 14. Aug. Einen blutigen Kirchweihsonntag...

14. Alshausen, 14. Aug. In der Nähe Bindenwadh bei...

Nachbargebiete.

12. Auerbach, 12. Aug. Große Freude herrscht im benachbarten...

14. Darmstadt, 14. Aug. Gehobener Schüler Ludwig Münch...

13. Ober-Ramstadt, 13. Aug. Die Futterbeschaffung...

Viehhalter derart verteilt, daß für ein Stück Rindvieh 30 Pfund...

Sportliche Rundschau.

Mannheimer Fußball-Club „Victoria“ 1912 — Fußball-Club „Pfalz“...

Zum fälligen Rückspiel trafen sich auf dem neuen Sportplatz...

Bereits kommenden Donnerstag Abend wird der Victoria-Club...

Leichtathletik.

Die Austragung der diesjährigen Deutschen Leichtathletischen...

Wetterdienstnachrichten.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Table with 10 columns: Ort, Meereshöhe, Temperatur, etc. Lists weather data for various locations.

Allgemeine Wetterübersicht.

Das gestern früh über Frankreich lagernde Tiefdruckgebiet...

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, 16. Aug., 12 Uhr nachts.

Druckerei Dr. Haas G.m.b.H. Mannheim, E 6, 2.



Advertisement for Henko washing powder, featuring the brand name and product benefits.

Advertisement for Norddeutscher Lloyd shipping line, listing routes to Singapore, Hongkong, and Shanghai.

Advertisement for Singer sewing machines and repairs, located in Mannheim.

Advertisement for Planos (pianos) for sale or lease, featuring the Heckel brand.

Advertisement for medical services, including syphilis treatment and general medicine.

Advertisement for Hermetaschalen (Hermetas) for glass and metal work.

Advertisement for Mannheimer Verlag, featuring the book 'Mannheim in Sage und Geschichte'.

